

Generalausschau für Halle und die Provinz Sachsen



Verlagsgesellschaft: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachritzstraße 12 bis 14 bezw. Vöbergasse 1. Einzahlung für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Zammelnnummer 7931

Nummer 6

Halle, Dienstag den 8. Januar

1918

Absetzung des englischen Oberbefehlshabers?

Genf, 7. Januar. Dem Echo de Paris zufolge hat Lloyd George auf Grund der Untersuchung über die englische Niederlage bei Cambrai im Ministerrat wichtige Veränderungen im englischen Oberkommando durchgesetzt. Generalfeldmarschall Robertson und General Wilson in Versailles bleiben, dagegen wird Douglas Haig voraussichtlich eine andere Verwendung erhalten.

Bericht der Obersten Heeresleitung.

(H. T. W.) Großes Hauptquartier, 8. Januar.

Wälicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Einzelne Abteilungen in Standen und südwestlich von Cambrai lagen zeitweilig unter heftigem Feuer. In der Abenddämmerung griffen englische Kompanien östlich von Bellecourt an. Sie wurden abgewiesen.

Wälicher Kriegsschauplatz:

Wälder bei Valenciennes. Am Sonntag entwickelte sich am Abend lebhafter Artilleriekampf, der nach ruhiger Nacht heute früh wieder ausbrach.

Östlicher Kriegsschauplatz:

Wälder bei Valenciennes.

Zwischen dem Odrin- und Vrespa-See, im Grenzgebiet, sowie zwischen Warbar und Doiran-See war die Artillerieaktivität reger. Deutsche Jäger brachten von einem Odrin-See nach in die feindlichen, bisher von Russen verteidigten Gräben. Auf dem Vrespa-See eine Anzahl Brücken ein.

Italienische Front.

Gegen den Monte Malone und den Viade Abschnitt nördlich von Viterbo richtete der Feind tagsüber heftige Feuerüberfälle, aus während der Nacht blieb das Feuer lebhaft.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubandorff.

Der amtliche österreichische Heeresbericht.

Wien, 8. Januar. Amtlich wird verlautbart:

Östlicher Kriegsschauplatz:

Wälder bei Valenciennes.

Italienische Front. Zwischen Brenta und Piave war die Artillerieaktivität zeitweise lebhaft.

Die Ueberumpelung der Engländer bei Marcoing.

Der deutsche Angriff am 30. Dezember südlich Marcoing war eine übliche Ueberfallaktion für die Engländer, die vorrückenden deutschen Truppen in ihren Schneckenschritten nicht rechtzeitig erkannten, da fast gleichzeitig mit dem weiter rüdwärts verlegten Vorbereitungsschritt die deutschen Sturmtruppen bereits in die vordersten Gräben einbrachen und eine energische Vertreibung infolge der überlänglichen Schnelligkeit ihres Vorgehens unmöglich machten.

Die Mitglieder des polnischen Regent-Königsrats beim Kaiser.

Berlin, 8. Januar. Die Mitglieder des Regent-Königsrats des Königreiches Polen, der Ministerpräsident von Rudomski und die anderen Herren der polnischen Deputation, sowie die Herren der Begleitung wurden heute mittag von Sr. Majestät dem Kaiser in Gegenwart des Reichskanzlers und des stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes freierhändig von dem Kaiser-Großhof empfangen.

Der Kaiserliche und Königlich-Majestät.

Wir sind glücklich darüber, daß es uns vergönnt ist, Sr. Kaiserliche Majestät heute persönlich unsere tiefste Verehrung auszusprechen zu dürfen und unsere tiefempfindliche Dankbarkeit für die uns auszuwirken, die unserm Vaterlande das tatsächliche Leben in Gestalt einer unabhängigen polnischen Monarchie wiedergeben haben.

Überbrüchlich betrauen wir daran, daß Sr. Majestät angedeiht der großen ihrer Königlichen Aufgaben das begonnene Werk geschäftlicher Mithelligkeit in Gemeinschaft mit dem erlauchten Verbündeten gloriös vollenden werden und dem entscheidenden Staat durch Schaffung der für seinen dauernden Aufschwung erforderlichen Lebensbedingungen Mithelligst Ihre mächtige Hilfe angedeihen lassen werden.

Wir sind auch fest davon überzeugt, daß nach Freilegung und Bewirtlichung der dem polnischen Staat zuzuliehenden Rechte wir, die polnische Gemeinschaft, mit der deutschen Nation die großen Ziele verfolgen werden, die das Wohl der Menschheit und den allgemeinen Frieden betreffen.

Wir wissen, daß Sr. Kaiserliche Majestät die großen Aufgaben der Zukunft mit Ihrem tiefen und schärfsten Geist übersehen, dem deutschen Volk ein Führer auf dem Wege sein werden, dessen Ziel das friedliche und legerische Zusammenarbeiten aller Völker ist.

Die Väter der Unabhängigkeit Polens werden die von Sr. Kaiserlicher Majestät dem Kaiserlichen Reich zu erhaltenden Verantwortlichkeit für die polnische Gemeinschaft zu übernehmen und zu begründen wir den Vorkämpfer in dem Ort derjenigen Grundzüge, welche die Welt beherrschen und allen Schicksalen der menschlichen Völkergemeinschaft Glück und Segen bringen sollen.

Sr. Majestät der Kaiser antwortete hierauf:

„Hochwürdig und erlauchter Herr des Regent-Königsrats! Es gereicht mir zur äußersten Freude, Sie als die benutzten Vertreter des polnischen Staates in meiner Gegenwart und Heiligsatz begrüßen zu können. Mich schmeichelt Besorgnis, entnehme ich aus Ihren Worten, daß Sie in den von mir hohen Verbindungen mit mir verbundenen Allen die Erfüllung des langangehten Bündnisses des polnischen Volkes auf Wiedererrichtung eines selbständigen Königreiches Polen erblicken, und daß Sie glauben, Ihrem Vaterlande am besten zu dienen, wenn Sie in Gemeinschaft mit dem deutschen Reich und Österreich-Ungarns Monarchie die Ziele verfolgen, die das Wohl der Menschheit und die friedliche Zusammenwirken der Völker betreffen. Gegenüber den Herausforderungen der Zeit empfinde ich es als meine Pflicht, Sie meinen unabhängigen Bemühen in einer bald dreißigjährigen Regierungzeit in Vorkämpfer und Schützer dieser Grundzüge zu sein, tiefsten Verbindungen entgegenbringen. Wäre es Ihnen hochwürdig und erlauchter Herren vergönnt, in erfolgreicher Arbeit dem polnischen Staate die Grundlagen zu geben, die seine friedliche Weiterentwicklung als ein Element der Ordnung, des Fortschritts und der Kultur gewährleisten. Meiner und meiner Regierung vollen Unterstützung können Sie hierbei versichert sein.“

Ministerpräsident Bekerte über den Zweck seiner Heile und über Brest-Litovsk.

(Von unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 8. Januar. Der ausländische Ministerpräsident Dr. von Bekerte will heute nachmittag nach Warschau zurück. Kurz vor seiner Abreise wurde ich von dem Ministerpräsidenten empfangen. Er sagte mir, daß der unmittelbare Anlaß seines Berliner Aufenthalts finanzielle Rücksichten betreffen. Es komme zurzeit darauf an, daß Ungarn insofern betriebs der Staatsbankrotts wie auch betreffs der Verhältnisse der Ökonomie und der Provinzen die finanzielle Hilfe Deutschlands in Anspruch nehme. Auch bezüglich der Kosten für Rohstoffe und des Absatzes der Industrie für Ungarn darauf angewiesen, mit der deutschen Geldwirtschaft Hand in Hand zu gehen. Allen müsse auch darauf geteilt werden, daß wenn etwa mit dem Abschluß des Friedens die Kriegsanleihen stark auf dem Markt angeboten würden, dieses auch einen allgemeinen Druck auf den Geldmarkt ausüben. Herr von Bekerte sagte ferner, daß er auch vom Reichskanzler empfangen werden sei, wiewohl er über die Friedensverhandlungen nichts besonderes zu erwidern

Zur Aufhebung der Reklamationen in Frankreich.

Paris, 8. Januar. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Der Kriegsminister hat die Aufhebung von 190 000 Reklamationen vom 15. Januar angedehnt einschließlich derjenigen von Arbeitsverwendungsfragen. (Holl.-Holl.)

Zwei Milliarden Dollar zum Bau von Handelsschiffen.

(Z. U.) Amsterdam, 8. Januar. Aus Washington wird gemeldet: Der amerikanische Marineminister hat den Kongreß um die Genehmigung von 2 Milliarden Dollars ersucht zum Aufkauf des Baues von Handelsschiffen, ferner zur Schaffung von Wohnungen für die taufende von Arbeitern, die in den neuen Werften Beschäftigung finden sollen.

Ein Streit um die spanische Kammer-Ausführung?

Genf, 7. Januar. Die „Agence Havas“ läßt sich an Madrid melden: Garcia Prieto erklärte, die Regierung betrachte den dem König am 3. Januar vorgelagerten Antrag über die Auflösung der Kammer als nicht untergeordnet. Das Kabinett beschließt, dem Herrscher einen neuen Antrag zur Genehmigung zu unterbreiten, um ihm dadurch zu ermöglichen, die Frage aufmerksam bis zum Schluß zu prüfen.

Die Unternehmung der ukrainischen Regierung.

Stockholm, 8. Januar. Die bisherige Entlohnung der ukrainischen Republik hat zu einem bedeutenden Erfolge der ukrainischen Regierung und zur Festigung ihrer Macht geführt. In einem großen Teil der Ukraine ist das russische Militär entzweit und heimisch, die maximalistischen Führer sind verhaftet oder ausgewiesen worden. Ferner hat die ukrainische Regierung sich nach die Herrschaft über die rumänischen und Südwestfronten gesichert. Einen Widerstand scheint sie nur in Galizien erlitten zu haben. Die ukrainische Regierung hält noch immer an der Angehörigkeit zum russischen Gesamtstaat fest, erklärt aber, nur eine solche russische Regierung anerkennen zu wollen, die eine föderale Regierung der selbständigen Republiken des ehemaligen russischen Reiches darstelle. (Zgl. Rundschau.)

Die ukrainischen Delegationen in Brest-Litovsk.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der vier verbündeten Mächte und den Vertretern der Ukraine werden, wie aus den amtlichen Mitteilungen hervorgeht, täglich fortgesetzt, während gleichzeitig die Vertreter der Verbündeten mit Zerkoff und der bolschewistischen Delegation verhandeln.

Ein englischer Torpedojäger torpediert.

(Z. U.) Mherbom, 8. Januar. Neuer meldet aus London: Die englische Submarina muß bekannt: Ein englischer Torpedojäger ist im Mittelmeer torpediert worden und sanken. 10 Mann der Besatzung kamen ums Leben.

Zur Aufhebung der Reklamationen in Frankreich.

Paris, 8. Januar. Der „Corriere della Sera“ meldet aus Paris: Der Kriegsminister hat die Aufhebung von 190 000 Reklamationen vom 15. Januar angedehnt einschließlich derjenigen von Arbeitsverwendungsfragen. (Holl.-Holl.)

Zwei Milliarden Dollar zum Bau von Handelsschiffen.

(Z. U.) Amsterdam, 8. Januar. Aus Washington wird gemeldet: Der amerikanische Marineminister hat den Kongreß um die Genehmigung von 2 Milliarden Dollars ersucht zum Aufkauf des Baues von Handelsschiffen, ferner zur Schaffung von Wohnungen für die taufende von Arbeitern, die in den neuen Werften Beschäftigung finden sollen.

Ein Streit um die spanische Kammer-Ausführung?

Genf, 7. Januar. Die „Agence Havas“ läßt sich an Madrid melden: Garcia Prieto erklärte, die Regierung betrachte den dem König am 3. Januar vorgelagerten Antrag über die Auflösung der Kammer als nicht untergeordnet. Das Kabinett beschließt, dem Herrscher einen neuen Antrag zur Genehmigung zu unterbreiten, um ihm dadurch zu ermöglichen, die Frage aufmerksam bis zum Schluß zu prüfen.

Das Steigen des Marktfurtes.

Berlin, 8. Januar. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Das Steigen der Wechselkurse, das seit einigen Wochen in der Schweiz eintrifft, dauert ununterbrochen fort. Man kann sich an der Höhe seiner betriebligen Aufwärtsbewegung erinnern, wie diejenige der Devisen der Zentralmächte in den letzten vier Wochen. Die deutsche Mark steht heute auf fast 90 gegenüber 50 Centimes vor einigen Monaten, die österreichische Krone liegt auf 68 gegenüber 37 Centimes vor einem Monat. An den Werten in den letzten Tagen in den Banken und Wechselstuben wider Mark noch Krone zu erhalten, und es berichte ich wahrer Sturm auf beide. Einer der ersten schweizerischen Großbankdirektoren erklärte dem Blatt, das man dies als ein sehr günstiges Friedenszeichen ansehen müsse.

Die Newporter Bant in Mostau beschlagnahmt.

Stockholm, 8. Januar. Nach Petersburger Blättern ist die Mostauer Filiale der New Yorker Bank auf Befehl des Arbeiterrates beschlagnahmt worden.

Die Nationalliberalen über Grenzfragen.

(Z. U.) Berlin, 8. Januar. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat bei ihrem ersten Zusammentritt in diesem Jahre am 3. Januar einstimmig ihre Auffassung dahin ausgesprochen, daß für die Frage der Grenzänderungen das Urteil der Obersten Heeresleitung mit maßgebend sein müsse. An zahlreichen nationalliberalen Umgebungen auf dem Lande wird dieser Auffassung der Reichstagsfraktion durchaus zustimmend und betont, daß kein Friede für Deutschland möglich ist, der nicht diejenigen Sicherungen enthält, die die höher untere Sicherheit in der Schaffen der Verteidigung als notwendig für Deutschlands Zukunft erfordern. Die nationalliberale Reichstagsfraktion befindet sich, wie aus der obigen Entschließung erhellt, bei der Auffassung der Partei im Lande in voller Uebereinstimmung. Ebenfalls ist die Fraktion einstimmig in der Ueberzeugung, daß die Oberste Heeresleitung in folgender Weise das Vertrauen der Reichstagsfraktion und des Volkes genießt, daß gegenüber diesem Vertrauen alle anderen Minderheiten zurückzutreten haben.

